3. Digitalministerkonferenz

12. und 13.05.2025 in Ingelheim am Rhein

TOP 6.1

Beschluss

Rheinland-Pfalz, Hessen

Stärkung der digitalen Souveränität Europas

1. Die Digitalministerkonferenz betont, dass die Europäische Union mit ihrer Digitalgesetzgebung in den letzten Jahren wichtige Arbeit geleistet hat, um zu fairen Wettbewerbsbedingungen und einer menschenzentrierten digitalen Zukunft Europas beizutragen. Mit den Gesetzen über digitale Märkte und digitale Dienste wurde ein hoher Maßstab für die Regulierung großer digitaler Plattformen sowie für die Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet gesetzt. Zugleich ist der Europäischen Kommission mit der Verordnung über künstliche Intelligenz ein wichtiger Schritt bei der verantwortungsvollen Entwicklung und Verwendung ethischer und menschenzentrierter künstlicher Intelligenz gelungen. Daher ist bei der angekündigten Überprüfung dieser Rechtsakte dafür Sorge zu tragen, dass deren Wesenskern erhalten bleibt.
2. Die Digitalministerkonferenz begrüßt die Ankündigung der Europäischen Kommission, in den kommenden fünf Jahren einen Schwerpunkt auf die effektive Durchsetzung und Anwendung der verabschiedeten digitalpolitischen Rechtsakte zu setzen und zugleich verstärkte praxisnahe, anwendungsbezogene Maßnahmen vorzulegen. Ziel muss sein, dass gerade Europas KMU und Start-ups im Wettbewerb gegen große Technologiekonzerne weiter gestärkt werden. Dies

muss durch regulatorische Klarheit und verlässliche Rahmenbedingungen ermöglicht werden.

3. Die Digitalministerkonferenz unterstützt die Zielsetzung der Europäischen Union und fordert, die Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern zu reduzieren, um die technologische Souveränität Europas zu stärken und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu minimieren. Gleichzeitig sind regulatorische Rahmenbedingungen erforderlich, die strategische Abhängigkeiten von IT-Produkten und IT-Dienstleistungen aus Drittstaaten begrenzen und eine diversifizierte Angebotsstruktur ermöglichen. Darüber hinaus ist der Aufbau einer eigenständigen europäischen Halbleiterproduktion essenziell, um Lieferengpässe zu vermeiden und geopolitische Risiken zu minimieren.
4. Die Digitalministerkonferenz sieht weiteren Handlungsbedarf, um die technologische Wettbewerbsfähigkeit Europas nachhaltig zu sichern. Dies betrifft etwa die Förderung europäischer Cloud- und Dateninfrastrukturen, um sichere, leistungs- und wettbewerbsfähige Alternativen zu US-amerikanischen Cloud-Diensten zu schaffen. Vor diesem Hintergrund unterstützen sie die Ankündigung der Europäischen Kommission, ein europäisches Gesetz über die Entwicklung von Clouds und KI vorzulegen. Darüber hinaus muss die EU verstärkt in die Entwicklung und Skalierung von Künstlicher Intelligenz und Quantencomputing investieren, um im globalen Wettbewerb nicht abgehängt zu werden. Die Investitionen in Sicherheitsforschung und innovative Sicherheitstechnologien müssen signifikant erhöht werden, um zukünftigen Bedrohungen effektiv entgegenzuwirken. Zudem sind das europäische Koordinierungszentrum für Cybersicherheit und bestehende Einrichtungen der Länder zur Stärkung der Cybersicherheit zu stärken. Auch bestehende Initiativen und Einrichtungen der Länder zur Stärkung der Resilienz sollten gefördert werden.

5. Die Digitalministerkonferenz weist auf die anhaltende Konzentration digitaler Macht in der Hand weniger Akteure hin. Dies beeinflusst nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der EU, sondern auch die Meinungsbildung und demokratische Prozesse in Europa. Meinungsfreiheit braucht Schutz durch klare Grenzen, also auch Regeln für die Interaktion auf Plattformen. Diese müssen konsequent durchgesetzt werden. Um sich von dieser Abhängigkeit zu lösen, braucht Europa digitale Souveränität, auch durch eigene Alternativen. Kritische digitale Infrastrukturen müssen besser gegen Cyberangriffe geschützt und Abhängigkeiten von außereuropäischen Technologieanbietern verringert werden. Deutschland sollte dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, um Europa im digitalen Zeitalter unabhängiger und wehrhafter zu machen.
6. Die Digitalministerkonferenz unterstützt mehrheitlich die Forderungen auf europäischer Ebene nach einem „Euro Stack“, der darauf abzielt, den Kontinent zu einem Vorreiter in Sachen digitaler Souveränität zu machen. Sie teilen die Vision hinter der Initiative, eine europäische Wertschöpfungskette aus physischer und digitaler Infrastruktur sowie Vermittlungsdiensten zu schaffen, in denen europäischen Digitalprodukten und -anbietern Vorrang eingeräumt wird. Europa sollte bei Datenzentren, Betriebssystemen, App Stores und vielen weiteren Bereichen unabhängig agieren können. Ziel muss sein, Europas digitale Gestaltungsmacht herzustellen, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die Autonomie und Sicherheit zu wahren und die Wirtschaft anzukurbeln.
7. Die Digitalministerkonferenz gibt zu bedenken, dass die EU bei der Erreichung ihrer ambitionierten Digitalziele bis 2030 im Rahmen ihres Politikprogramms für die digitale Dekade bislang deutlich hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben ist. Es bestehen weiterhin erhebliche Defizite, insbesondere in den Bereichen digitale Kompetenzen, hochwertige Konnektivität, KI und Datenanalyse. Um die Digitalziele bis 2030 zu erreichen, sind daher verstärkte Anstrengungen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene erforderlich. Die Maßnahmen

und Zielsetzungen im Rahmen der digitalen Dekade sollten daher neu bewertet und gegebenenfalls umstrukturiert werden.

8. Die Digitalministerkonferenz bittet die Bundesregierung, sich in den Verhandlungen mit der EU-Kommission für massive Investitionen in die öffentliche digitale Infrastruktur einzusetzen. Sie fordern zugleich ein interdisziplinäres politisches Umsetzungsprogramm, das selbstbewusst mit staatlichem wie privatem Kapital in die europäische digitale Infrastruktur investiert und die bestehenden Qualitäten sowie Besonderheiten Europas wie Greentech oder Quantencomputing bündelt und weiter ausbaut.
9. Die Digitalministerkonferenz bittet die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für eine klare digitalpolitische Positionierung einzusetzen. Die Europäische Union muss in dieser geopolitisch sensiblen Zeit mit einer Stimme sprechen. Zugleich sollte sich die EU nicht von Drohungen unter Druck setzen lassen und weiterhin die europäischen Digitalgesetze, allen voran jene zur Plattformregulierung, konsequent durchsetzen, um faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen sowie Bürgerinnen, Bürger und digitale Infrastrukturen in ganz Europa zu schützen.
10. Die Digitalministerkonferenz regt die Bundesregierung dazu an, die Initiative zu ergreifen und einen europäischen Gipfel zur strategischen Planung eines „Euro Stacks“ einzuberufen. Hier sollten Unternehmen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammenkommen, um gemeinsame Ziele festzulegen, Ressourcen zu bündeln und sich auf mögliche Standards zu einigen.
11. Die Digitalministerkonferenz bittet die Bundesregierung, diese Prioritäten mit Nachdruck in die europäische Digitalgesetzgebung einzubringen und sicherzustellen, dass Deutschland eine führende Rolle in der Umsetzung einer souveränen und wettbewerbsfähigen europäischen Digitalpolitik einnimmt.